

Deutsche Bank

Die **Deutsche Bank** AG ist die führende Bank in Deutschland mit einer starken Stellung in Europa und einem globalen Netzwerk. Sie betreibt sowohl in eigenem Interesse als auch im Interesse der Finanzbranche intensives Lobbying mit großen finanziellen und personellen Ressourcen. Das Unternehmen ist Mitglied einer Vielzahl von Wirtschaftsverbänden, politischen Beratergremien sowie Denkfabriken.

Finanzlobby



- Finanzlobby A-Z

Deutsche Bank AG

Branche	Finanzen
Hauptsitz	Frankfurt am Main
Lobbybüro Deutschland	Unter den Linden 13-15, 10117 Berlin (Mitte)
Lobbybüro EU	17, Avenue Marnix, 1000 Brüssel
Webadresse	www.deutsche-bank.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Ressourcen und Personen	2
1.2 Verbindungen zu anderen Lobbyakteuren	2
1.3 Politische Landschaftspflege	3
1.4 Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA)	3
2 Fallstudien zur Lobbyarbeit	3
2.1 Eurokrise und Griechenland-Rettung	3
2.2 Der Einkauf von Entscheidungsträgern und Kontrolleuren	4
3 Parteispenden	5
4 Personal & Organisation	6
4.1 Vorstand	6
4.2 Aufsichtsrat	6
4.3 Global Advisory Board	6
4.4 Anteilseigner	6
5 Geschäftstätigkeit	7
6 Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	7
6.1 US-Hypotheken, Zinsausfall-Wetten und die Pleite der IKB	7
6.2 US-Immobilienmarkt: Brutales Vorgehen gegen Hausbesitzer	8
6.3 Strafen wegen Falschberatung in USA	8
6.4 OLG Stuttgart verurteilt Geschäfte mit Zins-Swaps	8
6.5 Unethische Investments	9
6.6 2015: Libor-Affäre	9
6.7 Aktivitäten in Steueroasen	9

7 Unterstützung durch staatliche Rettungspakete	9
7.1 Deutsche Bank profitiert von AIG-Rettung	9
8 Lobbyisten in Ministerien	10
9 Weiterführende Informationen	12
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
11 Einzelnachweise	12

Lobbystrategien und Einfluss

Die Deutsche Bank beschreibt ihre Lobbytätigkeit im Lobbyregister wie folgt: "Unser Team für Political Affairs steht im regelmäßigen Austausch mit den wichtigsten politischen Entscheidungsträgern in Berlin, Brüssel, London und Washington, identifiziert frühzeitig politische und regulatorische Entwicklungen und koordiniert die Positionen der Deutschen Bank. Ziel ist es, branchenspezifische Themen in die öffentliche Diskussion einzubringen - sei es im direkten Kontakt oder über die Arbeit in Verbänden, wie beispielsweise des Bundesverbands deutscher Banken."^[1] In

Ressourcen und Personen

Im Lobbyregister gibt die Deutsche Bank an (Stand: 04.01.2024) 2022 3.280.001 bis 3.290.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und 41 bis 50 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[2] In Brüssel lagen die Lobbyausgaben 2022 zwischen 1.500.000 und 1.749.999 Euro; die Zahl der Lobbyist:innen wurde mit 10 angegeben.^[3]

Zu den Lobbyist:innen gehören:

- Benjamin Alka, Leiter für politische Angelegenheiten, Kommunikation, Marketing und Strategie (Head of Corporate Affairs & Strategy) sowie Stabsleiter des Vorstandsvorsitzenden Christian Sewing^[4]
- Stephen Fisher, Leiter für politische Angelegenheiten (Global Head of Political Affairs) mit Sitz in Brüssel und London. Frühere Positionen: Co-Chair Regulatory Policy Committee bei der International Capital Market Association, Co-Head Global Public Policy Group EMEA bei [BlackRock](#)
- Malte Kilian, Leiter des Büros in Brüssel (Head of Brussels Office, Political Affairs Europe)
- Josef Ritter, Global Co-Head of Equity Capital Markets

Neben der eigenen Lobbyarbeit spielen Verbände eine wichtige Rolle für die Deutsche Bank, etwa der [Bundesverband Deutscher Banken](#) in Deutschland. Auch international ist das Unternehmen in zahlreichen Verbänden aktiv und unterstützt Denkfabriken und Lobbyinitiativen (siehe Auswahl unten).

Verbindungen zu anderen Lobbyakteuren

- [Bankers Association for Finance and Trade](#) (BAFT), Mitglied
- [Bundesverband Deutscher Banken](#), Mitglied
- [International Swaps and Derivates Association](#) (ISDA), Primary Mitglied
- [Alternative Investment Management Association](#) (AIMA), "Sponsoring Member"
- [Association for Financial Markets in Europe](#) (AFME), Mitglied ist Colin Grassie (Mitglied des "Group Executive Committee")
- [European Financial Services Round Table](#) (EFR), Mitglied ist Paul Achleitner, Vorsitzender des Aufsichtsrats

- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#), Mitglied
- [European Parliamentary Financial Services Forum \(EPFSF\)](#), Mitglied ist Hans-Dieter Holtzmann, Cheflobbyist in Brüssel ("Head of EU Representation")
- [Eurofi](#), Mitglied
- [Bruegel](#), Mitglied
- [Transatlantic Policy Network \(TPN\)](#), Mitglied
- [Trans-Atlantic Business Council \(TABC\)](#), Mitglied
- [Institute of International Finance](#), Mitglied
- [Konvent für Deutschland](#), Förderer

Politische Landschaftspflege

Bis 2009 war die Deutsche Bank eine der größten Parteispenderinnen in Deutschland. Von 2000 bis 2009 überwies der Konzern über 4,8 Millionen Euro an Parteien. Davon flossen knapp 60% (2,8 Millionen Euro) an die CDU, gut ein Viertel (1,3 Millionen Euro) an die FDP und der Rest an SPD (380.000 Euro) und Grüne (70.000 Euro). Die einzelnen Beträge sind in unserer [Parteispenden-Datenbank](#) abrufbar. Auch in den USA unterstützt der Konzern Parteien im Wahlkampf. 2016 gingen 86% der Spenden an 'Political Action Committees', die die republikanische des umstrittenen Kandidaten **Donald Trump** unterstützten, allerdings ist die Gesamtsumme von von 37.000 Dollar vergleichsweise gering.^[5]

Deutsches Institut für Altersvorsorge (DIA)

Die Deutsche Bank finanziert dieses Institut. Damit will sie die private Altersvorsorge fördern.

Fallstudien zur Lobbyarbeit

Eurokrise und Griechenland-Rettung

Um die öffentlichen Mittel zur Euro-Rettung zu rechtfertigen, wollte Deutschland die Banken an den Kosten beteiligen. Frankreich war unter dem Druck der einheimischen Banken dagegen. Der Kompromiss war eine freiwillige Beteiligung des Finanzsektors – die die Finanzbranche aufgrund ihrer starken politischen und ökonomischen Machtstellung nach ihren Vorstellungen prägen konnte.

Die Deutsche Bank arbeitete früh daran, die private Beteiligung mitzugestalten. Im Mai 2011 schickte sie ein vertrauliches Papier mit konkreten Vorschlägen an das Bundesfinanzministerium.^[6] Ziel dieser „Proposals for Greek liability management exercise – burden sharing without haircuts“ war es, einen Zahlungsausfall und damit Verluste der Banken zu vermeiden. Einzelne Punkte aus diesem Schreiben tauchen Anfang Juni inhaltlich – wenn auch nicht wörtlich – in einem internen Arbeitspapier des Bundesfinanzministeriums an die übrigen EU-Regierungen auf. Das Finanzministerium bestätigte den Eingang des Deutsche Bank-Vorschlags^[7], bezeichnete es jedoch als „völligen Humbug“, dass es sich „die eigene Position von Akteuren des Privatsektors bestimmen beziehungsweise beim Verfassen von Papieren sich von diesen helfen lassen würde“.^[6]

Bei den weiteren Verhandlungen über eine freiwillige private Gläubigerbeteiligung spielte [Josef Ackermann](#) in seiner Rolle als Vorsitzender des [Institute of International Finance](#) eine zentrale Rolle. So nahm er etwa am Euro-Krisengipfel am 22. Juli 2011 persönlich teil. Die Ergebnisse waren sehr bankenfreundlich, trotzdem stellte sich Ackermann danach als hart getroffen dar. Dafür war er zusammen mit der Deutschen Bank für die [Lobbykratie-Medaille 2011](#) [nominiert](#). Das IIF ist eine globale Lobbygruppe der Finanzbranche, mehr Details zu den Verhandlungen im [IIF-Artikel](#).

Der Einkauf von Entscheidungsträgern und Kontrolleuren

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Nach der Finanzkrise gab es verstärkt Debatten über die enge Verflechtung der Finanzindustrie mit der Politik und den Aufsichtsbehörden. Häufig steht dabei die amerikanische Investmentbank [Goldman Sachs](#) im Fokus. Aber auch die Deutsche Bank hat ein umfangreiches Netzwerk aus ehemaligen Entscheidungsträgern aufgebaut:

- **Sylvie Matherat** wurde am 1. Aug 2014 „Global Head of Government & Regulatory Affairs“, das heißt die oberste Lobbyistin der Deutschen Bank weltweit. Sie kam von der Banque de France, der französischen Zentralbank.^[8] Ihr Vorgänger Andrew Procter kam von der englischen Finanzaufsicht.^[9] Am 1. November 2015 wurde sie als Chief Regulatory Officer Mitglied des Vorstands und ist dort zuständig für die Bereiche Regulierung, Compliance und den Kampf gegen die Finanzkriminalität.
- **Thomas Matussek** war von November 2011 bis Januar 2013 deutscher Cheflobbyist (Head of Public Affairs) und wurde danach Vorsitzender der Alfred-Herrhausen-Gesellschaft der Deutschen Bank. Er war zuvor 36 Jahre im Auswärtigen Dienst tätig, unter anderem als deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen und zuletzt als Botschafter in Indien.^[10]
- **Richard Walker**, seit 2001 Chefjustitiar der Deutschen Bank, war zuvor bei der amerikanischen Börsenaufsicht SEC für die Abteilung Strafverfolgung zuständig.^[11] Ende 2015 soll er aus dem Amt ausscheiden. Laut Bank soll er aber beratend für die Deutsche Bank tätig bleiben.^[12] Walker und andere Manager und Vorstände der Bank waren in einem Bericht der [BaFin](#) wegen der halbherzigen Aufarbeitung des Libor-Skandals kritisiert worden.^[13]
- **Malcolm Knight** Der oberste Bankenaufseher der [Bank für Internationalen Zahlungsausgleich](#) (BIZ) wechselte 2008 zur Deutschen Bank. Nachdem der Wechsel öffentlich wurde, gab der bisherige BIZ-Generaldirektor Malcolm Knight seinen mit rund 720.000 \$ dotierten Spitzenjob bei der *"Notenbank der Notenbanken"* vorzeitig auf. Ab 6. Oktober 2008 begann er als Vice-Chairman für die Deutsche Bank tätig sein und u.a. die Kontakte zu seinem Arbeitgeber BIZ pflegen. Knights Wechsel war zwar vom Verhaltenskodex und vom Verwaltungsrat abgesegnet, dennoch verlautete aus BIZ "so etwas schadet

der Reputation unserer Institution". Unverständnis äußerten Experten insbesondere daran, dass Knight ohne Sperrfrist bei seinem neuen Arbeitgeber anfangen kann, sie sprachen von einer "Verwilderung der Sitten". (Kurm-Engels, Marietta / Engelen, Klaus: "Sprungbrett für Aufseher", ^[14] Weil sich die BIZ wegen des Seitenwechsels um ihren guten Ruf sorgte, wollte sie laut eines Artikels des Handelsblattes sogar ihre Statuten ändern, um zukünftige Interessenkonflikte zu vermeiden. ^[15]

- **Helmut Bauer** Mit ihm holte sich die Deutsche Bank schon im Februar 2008 den obersten Bankenaufseher der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) für die neue Abteilung "Aufsichtsangelegenheiten". Laut SPIEGEL stößt sein neues Amt in der Branche auf Kritik, weil er bei der BaFin tiefe Einblicke in die Stärken und Schwächen der deutschen Kreditinstitute gewann. Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums, das die BaFin kontrolliert, gebe es keine rechtliche Handhabe gegen den Wechsel, berichtet das Magazin. ^[16] Für die Finanzaufsicht kam dies völlig zur Unzeit: Seit August 2007 erschüttert die US-Hypothekenkrise die globalen Finanzmärkte. Bei der Rettung der SachsenLB und der Mittelstandsbank IKB war die BaFin maßgeblich beteiligt. Interimsmäßig musste BaFin-Präsident Jochen Sanio das Bankenressort übernehmen. ^[17]
- **Alan Greenspan** Im Jahr 2007 konnte die Deutsche Bank den im Vorjahr aus dem Amt geschiedenen Chef der US-Notenbank **Fed** verpflichten, der 18 Jahre lang als eine Art Hohepriester des Finanzmarkts gegolten hatte. „Als einer der Architekten des heutigen Finanzsystems ist Alan Greenspan in einer einzigartigen Position, um unsere Kunden bei wichtigen risikobezogenen Entscheidungen zu unterstützen“, sagte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann laut focus-money - zu einem Zeitpunkt als eben dieses Finanzsystem im Einsturz begriffen war. ^[18]
- **Caio Koch-Weser** durfte 2006 problemlos vom Finanzministerium zur Deutschen Bank wechseln, obwohl er zuvor Vorsitzender des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (**Bafin**) war und als Staatssekretär für das Kreditwesen zuständig war. Als Vertreter des Finanzministeriums saß Caio Koch-Weser als Staatssekretär unter Rot-Grün im Vorstand (Board) der europäischen **Denkfabrik Bruegel**, die von Regierung und Großkonzernen betrieben wird. Dort blieb er auch nach seinem Wechsel zur Deutschen Bank.
- Der langjährige Präsident des Bundesnachrichtendienstes BND **Ernst Uhrlau** ist seit Februar 2012 als freiberuflicher Berater für die Deutsche Bank tätig. ^[19]

Parteispenden

Jahr \ Partei	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Summe/Jahr
2000	250.533€	-	-	51.129€	-	301.662€
2001	224.968€	25.565	-	66.468€	20.452€	337.453€
2002	261.265€	50.000€	-	50.000€	-	361.265€
2003	251.230€	20.000€	100.000€	-	-	351.130€
2004	325.800€	25.000€	100.000€	100.000€	-	550.800€
2005	425.400€	25.000€	-	200.250€	-	650.650€
2006	305.000€	20.000€	-	220.000€	25.000€	570.000€

Jahr \ Partei	CDU	CSU	SPD	FDP	GRÜNE	Summe/Jahr
2007	280.000€	25.000€	-	200.000€	-	505.000€
2008	200.000€	25.000€	100.000€	220.000€	-	545.000€
2009	200.000€	25.000€	50.000€	220.000€	25.000€	520.000€

Keine weiteren Spenden der Deutschen Bank AG nach 2009. [Quelle: Website des Deutschen Bundestages - Fundstellenverzeichnis der Rechenschaftsberichte](#)

Personal & Organisation

Vorstand

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist [Christian Seewing](#).

(Stand: Januar 2024)

Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Mitglieder sind u.a.

- [Alexander Wynaendts](#)
- [Norbert Winkeljohann](#), Selbständiger Unternehmensberater (Norbert Winkeljohann Advisory & Investments). Frühere Positionen: Vorstandsvorsitzender der PwC Europe SE WPG und Sprecher der Geschäftsführung der [PricewaterhouseCoopers](#) GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
- [Sigmar Gabriel](#), Senior Advisor der Eurasia Group, Gesellschafter der Speech Design SGL GbR. Frühere Positionen: Bundesaußenminister, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Vizekanzler, Bundesvorsitzender der SPD, Bundesumweltminister

(Stand: Januar 2024)

Global Advisory Board

Die fünf Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

- Eric Schmidt, früherer CEO von Google und früherer Executive Chairman von Alphabet
- Indra Nooyi, Mitglied des Verwaltungsrats von [Amazon](#) und Philipps

Anteilseigner

Großaktionäre sind:

- [BlackRock](#) 5,23 %
- Paramount Services, britische Jungferninseln (Familie Al-Thani, Herrscher des Golfstaats Katar) 4,54 %
- Supreme Universal Holdings, Kaiman Inseln (Familie Al-Thani, Herrscher des Golfstaats Katar) 3,05 %
- Douglas Braunstein, USA (über den Hedgefonds Hudson Executive Capital LP) 3,18 % der Anteile
- Amundi S.A., Frankreich (Tochtergesellschaft der Crédit Agricole Group) 3,07 % der Anteile

Quelle: ^[20]

Geschäftstätigkeit



Die Deutsche Bank ist über ihre über 1.443 Niederlassungen mit insgesamt 84.930 Mitarbeitenden weltweit tätig. Sie gliedert sich in die folgenden Geschäftsbereiche: Unternehmensbank (Unternehmenskunden, Finanzinstitute, Investoren und Emittenten), Investmentbank (Finanzierungs-, Beratungs- und Zins- und Währungsgeschäft, Privatkundenbank (Privatkunden sowie kleinere Geschäftskunden) und DWS (Vermögensverwaltung). 2022 lagen die Erträge bei 27,2 Mrd. Euro.

Die **Deutsche Bank Research** ist verantwortlich für die volkswirtschaftliche Analyse in der Deutsche Bank Gruppe und berät die Bank, ihre Kunden und Stakeholder.

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

US-Hypotheken, Zinsausfall-Wetten und die Pleite der IKB

Die Deutsche Bank war den Recherchen des US-amerikanischen Autors Michael Lewis zufolge über ihre New Yorker Tochter einer der Hauptakteure beim Verkauf von **Asset backed securities** und **Collateral Debt Obligations**.^[21] Galten diese bis 2006 als "innovative Finanzprodukte" stellte sich ein Großteil dieser massenhaft verkauften Papiere als ökonomische Zeitbomben heraus.

Bevorzugte Abnehmer solcher Hypotheken-Derivate waren die Düsseldorfer Banken **IKB** und **WestLB**, die deshalb Lewis zufolge in amerikanischen Banker-Kreisen "The Stupids from Düsseldorf" genannt wurden. In der Anklageschrift des **attac-Bankentribunal** gegen Josef Ackermann heißt es zu dem Vorgang weiter:

"Damit die IKB diese Papiere kaufen konnte, gewährte die Deutsche Bank ihr Kredite. Als die IKB kurz darauf vor dem Bankrott stand, weil sich die Hypothekensicherheiten als wertlos („toxisch“) herausgestellt hatten, und sie ihre Kredite wegen der nun fehlenden Sicherheiten nicht mehr verlängern konnte, verlangte Ackermann vom Staat die Rettung der IKB. Die staatliche Bank **Kreditanstalt für Wiederaufbau** (KfW) brachte dafür insgesamt etwa 10 Milliarden Euro auf. Die Deutsche Bank haftet somit nicht für die von ihr spekulativ vergebenen Kredite und auch nicht für die Werthaltigkeit der von ihr verkauften Wertpapiere. Die IKB wurde vom Staat gerettet, damit ihre Kreditgläubiger, darunter an führender Stelle die Deutsche Bank, ihre Forderungen nicht abschreiben mussten."^[22]

Michael Lewis geht sogar noch weiter:^[23] So habe die New Yorker Tochter der Deutschen Bank bereits massiv mit Wetten auf Ausfälle fauler Hypothekensicherheiten (**Credit Default Swaps**) gehandelt, während sie gleichzeitig die Nachfrage nach faulen Schuldverschreibungen (**CDOs**) aus Düsseldorf (durch **IKB** und **WestLB**) munter weiter bediente.

Bereits im Frühjahr 2008 mehrten sich Verdachtsmomente, nach denen es in den Handelsbeziehungen der Deutschen Bank zur IKB Ungereimtheiten gab. *"Es drängt sich der Verdacht von Insidergeschäften durch Leerverkäufe auf"*, schrieb der CSU-Abgeordnete Peter Gauweiler in einem Brief an [Peer Steinbrück](#) und fragte nach dem Volumen der Geschäfte, die die Deutsche Bank mit "Subprime Anleihen" mit der IKB abgewickelt habe.^[24]

Im Düsseldorfer IKB-Prozess gegen den früheren IKB-Chef [Stefan Ortseifen](#) machte dieser die Deutsche Bank für den Beinahe-Zusammenbruch seines Instituts verantwortlich. Das Institut habe seine Handelslinien für die IKB am 27. Juli 2007 geschlossen und damit aus Sicht des Marktes für ein "Fanal" gegen die IKB gesorgt und ihm einen "unermesslichen Reputationsschaden" zugefügt, führte der Ex-Banker aus. Dies habe er selbst noch nicht wissen können, als die Bank am 20. Juli eine Pressemitteilung herausgegeben habe, in der sie erklärte, sie sei von der US-Krise nur in geringem Umfang betroffen.^[25]

Die Krise der IKB war durch strukturierte Wertpapiere in den [Zweckgesellschaften](#) der IKB entstanden, die auf zweitklassigen US-Immobilienkrediten fußten.^[26]

US-Immobilienmarkt: Brutales Vorgehen gegen Hausbesitzer

Nach Informationen des [Dachverbands der kritischen Aktionäre](#) und der amerikanischen Bürger-Initiative [Common Grounds](#) ging die Deutsche Bank seit dem Platzen der Immobilienblase äußerst hart gegen Hausbesitzer in den USA vor, die ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Die Deutsche Bank soll auf dem überhitzten US-Immobilienmarkt mit etwa 1900 Verbriefungen hantiert haben, dazu sollen mehr als eine Million unterlegter Hypotheken gehört haben. Als Treuhänder dieser in aller Welt verstreuten Anleger fungiert die [Deutsche Bank National Trust Company](#) (DBNTC). *"85 bis 90 Prozent aller ausstehenden Hypotheken in den USA werden letztlich von vier Banken entweder als Treuhänder oder Eigentümer einer Treuhandgesellschaft gehalten"*, zitiert der Spiegel den Immobilienexperten Steve Dibert, *"Die Deutsche Bank ist eine der vier."* Sie soll zu den Hauptfinanzierern der [Countrywide Financial Corporation](#) gehören, die mit der Vermarktung riskanter Immobiliendarlehen in Höhe von 97,2 Milliarden Dollar in den Jahren 2005 bis 2007 die größte Drückerkolonie in den USA darstellte.^[27]

Eine siebenstellige Zahl von US-Haushalten sieht sich in den Jahren nach 2008 mit der DBNTC konfrontiert, einem Institut, von dem sie nie zuvor gehört hatten und das sich durch unbarmherzige Zwangsräumungen und Prozesse gegen säumige Hausbesitzer schnell einen Namen gemacht hat.^[28]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Die Deutsche Bank soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 15 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[29]

OLG Stuttgart verurteilt Geschäfte mit Zins-Swaps

Das Stuttgarter Oberlandesgericht (OLG) hat laut Berichten der ZDF-Sendung *"frontal21"* schwere Vorwürfe gegen die Deutsche Bank erhoben und das Kreditinstitut zur Zahlung von mehr als 1,5 Millionen Euro Schadenersatz an ein großes mittelständisches Unternehmen verurteilt. So handelte es sich nach Ansicht des OLG bei so genannten [Zins-Swaps](#), die die Bank Kunden zur Zinsoptimierung empfohlen hatte, um "eine Art von Glücksspiel". Hunderte von Unternehmen und Kommunen sollen betroffen sein.^[30]

Unethische Investments

Die belgische Nichtregierungsorganisation [Vlaanderen Netwerk](#) untersuchte im Jahr 2007 die Geschäftspolitik von 8 internationalen Finanzinstituten mit 13 besonders fragwürdigen Konzernen. Die Organisation kam zu dem Urteil, das Risiko unethischer Investments sei bei der Deutschen Bank "extrem hoch". In der Kritik stehen Geschäfte mit Rüstungskonzernen wie [EADS](#) und Rohstoff-Konzernen, die in Entwicklungsländern Ressourcen ausbeuten wie [Barrick Gold](#), [AngloGold Ashanti](#), [Newmont Mining](#), [GoldCorp](#), [Freeport McMoRan](#), [PetroChina](#). Weiterhin wird die Supermarkt-Kette [Wal-Mart](#) genannt, weil sie elementare Arbeiterrechte systematisch und in schwerwiegender Weise untergrabe.^[31] Laut Stiftung Warentest ist die Deutsche Bank Tochter [DWS](#) inzwischen eins der wenigen Institute, das Investitionen in Aktien von [Streubomben](#)-Herstellern als Geschäftsmodell ausschließt.^[32] Die Deutsche Bank war laut [Aktionsbündnis Landminen](#) im Jahr 2009 an folgenden Rüstungsunternehmen beteiligt: [Rheinmetall](#) (mit 3,14%) und [QinetiQ Group](#) (1,25%).^[33]

2015: Libor-Affäre

2015 wurde die Deutschen Bank eng mit der Libor-Affäre in Verbindung gebracht. Der Libor ist ein Referenzzinssatz im internationalen Bankengeschäft (London Interbank Offered Rate). Mit der Libor-Affäre wird eine Manipulation von Referenzzinssätzen beschrieben. Laut amerikanischen Behörden (US Justizministerium) haben über Jahre „Mitarbeiter der Deutschen Bank rund um den Globus illegal Zinssätze manipuliert.“^[34] Georgina Philippou von der britischen Finanzaufsicht FCA beschreibt, dass eine Abteilung der Deutschen Bank eine Kultur pflegte, „Gewinne zu machen, ohne dabei auf die Integrität des Marktes zu achten (...) Das war nicht auf ein paar Einzelne beschränkt, sondern schien in einigen Bereichen tief verwurzelt zu sein.“ Aufgrund dieses Vergehens und einer „irreführender“ Aufklärung der Sachlage, muss die Deutsche Bank eine Strafe von 2,5 Milliarden Dollar zahlen. Die Finanzaufsicht BaFin kommt in ihrem 2015 erschienen Abschlussbericht zu dem Ergebnis, das zwar kein Vorstandmitglied der Deutschen Bank direkt in eine Zinsmanipulation verwickelt sein soll, allerdings habe die Deutsche Bank schwere „Versäumnisse“ bezüglich der Kontrolle von Geschäftsprozessen, in der Organisation und bei der Aufarbeitung der Affäre gezeigt. Besonders kritisiert werden die ehemaligen Vorstände Anshu Jain (2012 - 2015) und [Josef Ackermann](#) (2002 - 2012) sowie Libor-Skandal bei Deutscher Bank: Bericht der Finanzaufsicht.^[35]

Aktivitäten in Steueroasen

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung und des NDR hat die Deutsche Bank über ihre Niederlassungen in Singapur mehr als 300 Firmen und Trusts in mehreren Steueroasen, größtenteils auf den Britischen Jungferninseln.^[36] In wessen Auftrag diese Vehikel mit Namen wie Roseburn oder White River Holdings Group Ltd. aufgesetzt wurden und was der Geschäftszweck ist, wollte die Bank nicht sagen.

Unterstützung durch staatliche Rettungspakete

Deutsche Bank profitiert von AIG-Rettung

Von den 182.5 Milliarden Dollar an Steuergeldern zur Rettung der [AIG](#)^[37] flossen 11.9 Milliarden Dollar direkt an die Deutsche Bank. Das Institut war damit hinter [Goldman Sachs](#) und neben der [Société Générale](#) ein Haupt-Profiteur der dramatischen AIG-Rettung durch die US-Regierung im Jahr 2008.^[38]

Die AIG-Abteilung AIG Financial Products unter ihrem Chef **Joe Cassano** war eine der größten Herausgeber von Kreditausfall-Versicherungen (CDS). Ihre - aus späterer Sicht - wahnwitzig anmutenden Aktivitäten zwischen 2002 und 2007 rissen den damals größten Versicherer der Welt in den Abgrund und lösten so die weltweite Krise mit aus.^[39]

Anders als andere Bankinstitute, machte die Deutsche Bank bis zum Jahr 2010 keine Anstalten, diese Rettungsgelder zurück zu zahlen. Bürgerrechtler mahnen sie aufgrund dieser staatlichen Subventionierung zu einem sozialeren Verhalten gegenüber säumigen Hausbesitzern.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Die Deutsche Bank hat die direkte Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien maßgeblich gefördert: Sie gehört zu den Initiatoren des Personalaustauschprogramms "*Seitenwechsel*" zwischen der Bundesregierung und der Privatwirtschaft. Vertreter der Deutschen Bank hatten in den Jahren 2002-2008 in verschiedenen Regierungsgebäuden einen eigenen Schreibtisch, und zwar im Arbeits-, Bildungs-, Finanz-, Gesundheits- und Innenministerium. Im Sommer 2008 wurde die Praxis der sogenannten "externen Mitarbeiter" in den Bundesministerien durch eine Verwaltungsvorschrift deutlich eingeschränkt. Mehr zu den "externen Mitarbeitern" siehe [Lobbyisten in Ministerien](#)

Deutsche Bank im Auswärtigen Amt

Zeitraum	01.05.2005 - 30.11.2006 ^[41]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz in der Botschaft in Tokio

Deutsche Bank im Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[42]
Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm
Bearbeitete Themen	k.A.

Deutsche Bank im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Zeitraum	01.08.2005 - 31.05.2006 ^[41]
-----------------	---

Mitarbeiter	Teilnehmer Austauschprogramm ^[42]
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat LS 23

Deutsche Bank im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	17.10.2005 - 28.10.2005 ^[41]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn ^[41] , Teilnehmer des Austauschprogramms ^[42]
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII A 3 ^[41] , Mitarbeit am Investmentmodernisierungsgesetz ^[43]

Das **Investmentmodernisierungsgesetz** ermöglichte den Marktzugang für Hedge Fonds in Deutschland ab dem Jahr 2004, stellte ausländische Fonds mit inländischen steuerlich gleich und schaffte die Besteuerung des Zwischengewinns ab. Vor dem Wegfall der Besteuerung auf Zwischengewinne, musst der Wertzuwachs bei Fondsanteilen, die über ein Jahr gehalten und zwischen zwei jährlichen Gewinnausschüttungen verkauft wurden, zusätzlich versteuert werden.^[44]

Nach einem Bericht des TV-Magazins Monitor vom 16. Juni 2011 sollen Mitarbeiter des **Bundesministerium der Finanzen** Vorschläge zur **Lösung der Griechenland-Krise** direkt aus einem Papier der Deutschen Bank abgeschrieben haben.^[45] Das Ministerium hat den Bericht dementiert.

Deutsche Bank im Bundesministerium für Gesundheit

Zeitraum	18.10.2004 - 12.12.2004 ^[41]
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat 412

Deutsche Bank im Bundesministerium des Innern

Zeitraum	15.12.2004 - 04.03.2005 ^[41]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der Deutschen Bank AG
Bearbeitete Themen	Im Referat IT 3
Zeitraum	01.09.2008 - 30.11.2008 ^[46]
Mitarbeiter	Koordinator für Arbeitssicherheit und Beauftragter für betrieblichen Umweltschutz, Teilnehmer des Austauschprogramms "Seitenwechsel"
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat VII B 1 ^[41] , Hospitation in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Personal und Innerer Dienst ^[46]

Deutsche Bank im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	18.11.2002 - 30.04.2003 ^[41]
Mitarbeiter	Ein/e MitarbeiterIn
Bearbeitete Themen	Einsatz im Referat V C 2 (Exportfinanzierung, Exportkreditversicherung)

Weiterführende Informationen

- [Deutsche Bank aus der Sicht des Dachverbands kritischer Aktionäre](#)
- [Beteiligungen der Deutschen Bank 2013](#)
- Wolfgang Hetzer: „Ist die Deutsche Bank eine kriminelle Vereinigung?“, Westend Verlag, 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus



Einzelnachweise

1. ↑ [Deutsche Bank AG](#), lobbyregister.de, abgerufen am 28.01.2024
2. ↑ [Deutsche Bank AG](#), lobbyregister.de, abgerufen am 28.01.2024
3. ↑ [Deutsche Bank](#), ec.europa.eu, abgerufen am 28.01.2024
4. ↑ [Deutsche Bank holt neuen Cheflobbyisten von BlackRock](#), manager-magazin.de vom 24.08.2023, abgerufen am 25.01.2024
5. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
6. ↑ ^{6,06,1} [Sonderkonditionen für Geldgeber sollen Athen retten](#), Welt am Sonntag vom 5.6.2011, abgerufen am 10.11.2011
7. ↑ [Teure Griechenland-Rettung: ein geschickter Coup der Deutschen Bank?](#), Monitor vom 16.6.2011, abgerufen am 10.11.2011
8. ↑ [Sylvie Matherat appointed Global Head of Government & Regulatory Affairs](#), Pressemitteilung der Deutschen Bank vom 17. Juni 2014. Abgerufen am 3.9.2015
9. ↑ [Deutsche Bank Head of Compliance, Regulatory Affairs Resigns](#), Wall Street Journal vom 5.3.2014. Abgerufen am 3.9.2015
10. ↑ [Thomas Matussek wird Head of Public Affairs bei der Deutschen Bank](#), Pressemitteilung der Deutschen Bank vom 18.8.2011. Zur Herrhausen-Stiftung siehe [Ansgar Tietmeyer wird neuer Leiter Public Affairs der Deutschen Bank](#), Pressemitteilung der Deutschen Bank vom 14.1.2014, beide abgerufen am 3.9.2015.
11. ↑ [Die Drehtür zwischen der Deutschen Bank und SEC](#), FAZjob.net, abgerufen am 3.9.2015
12. ↑ [Deutsche Bank tauscht Chefjustiziar aus](#), Manager Magazin online vom 7.8.2015, abgerufen am 3.9.2015
13. ↑ [Bafin erhebt Vorwürfe gegen weitere Deutsche-Bank-Manager](#), FAZ vom 17.7.2015, abgerufen am 3.9.2015

14. ↑ [Sprungbrett für aufseher](#), Handelsblatt.com vom 23.06.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
15. ↑ [Notenbanker verlangen den Schwur](#), Handelsblatt.com vom 27.06.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
16. ↑ [manager-magazin.de "BaFin: Ex-Aufseher zur Deutschen Bank"](#), Manager-Magazin.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 15. Juli 2010
17. ↑ [Finanzaufsicht besetzt Spitzenposten neu](#), Handelsblatt.com vom 27.3.2008, abgerufen am 15. Juli 2010
18. ↑ [Deutsche Bank verpflichtet 81-Jährigen](#), focus.de vom 13.August 2007, abgerufen am 22. September 2010
19. ↑ [Ex-Geheimdienstchef Uhrlau heuert bei der Deutschen Bank an](#) Der Spiegel vom 5. Februar 2012, abgerufen am 07.02.2012
20. ↑ [Wem gehört eigentlich die Deutsche Bank](#), nfs-netfonds.de vom 27.01.2023, abgerufen am 25.01.2023
21. ↑ [The Big Short: Inside the Doomsday Machine](#), Michael Lewis, New York: W.W. Norton & Co., 2010
22. ↑ [Bankentribunal - Zivilgesellschaftliche Anklageschrift](#), attac, 18. März 2010 (pdf), abgerufen am 21. April 2010
23. ↑ [The Big Short: Inside the Doomsday Machine](#), Michael Lewis, New York: W.W. Norton & Co., 2010
24. ↑ [die IKB die Müllhalde für faule US-Kredite der Deutschen Bank?](#), nachdenkseiten.de vom 29. Februar 2008, abgerufen am 15. Juli 2010
25. ↑ [Ortseifen greift Deutsche Bank an](#), ntv.de am 16. März 2010, abgerufen am 15. Juli 2010
26. ↑ [Ortseifen schießt gegen Ackermann](#), sueddeutsche.de am 17. März 2010, abgerufen am 15. Juli 2010
27. ↑ [BANKEN Zu treuen Händen](#), Der Spiegel vom 7. Juni 2010, abgerufen am 31. Januar 2011
28. ↑ [Die Deutsche Bank und Zwangsvollstreckungen in den USA](#) (pdf), Website des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, abgerufen am 31. Januar 2011
29. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Werner Rügemer in Junge Welt vom 23. April 2009, abgerufen am 21. Juli 2010
30. ↑ [Zweifelhafte Zinsgeschäfte - Unternehmen und Kommunen als Bankenopfer](#), frontal21 vom 20. April 2010, abgerufen am 21. April 2010
31. ↑ [DEUTSCHE BANK: INVESTISSEMENTS NUISIBLES](#), Vlanderen Netwerk: Rapport Bank Secrets vom März 2009, abgerufen am 21. Juli 2010
32. ↑ [Streubomben in Riester-Verträgen: Auf vermintem Gelände](#), test.de vom 4. Januar 2011, abgerufen am 30. Januar 2011
33. ↑ [Minen und Streumunition - Investment und Profit: Deutsche Bank](#), ethisches-investment.info vom 22. Januar 2009, abgerufen am 31. Januar 2011
34. ↑ [Rekordstrafe für Deutsche Bank: Mehr als peinlich](#), Der Spiegel, 23. April 2015, abgerufen am 16. Juni 2015
35. ↑ [Libor-Skandal bei Deutscher Bank: Bericht der Finanzaufsicht belastet Jain und Ackermann](#), Der Spiegel, 12. Juni 2015, abgerufen am 16. Juni 2015
36. ↑ [Deutsche Bank half bei Offshore-Geschäften](#), Süddeutsche Zeitung online vom 4. April 2013
37. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.com vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
38. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBS News.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [The Man Who Crashed the World](#), Michael Lewis in Vanity Fair vom August 2009, abgerufen am 14. Juli 2010
40. ↑ [Fakten: Die Deutsche Bank und Zwangsvollstreckungen in den USA](#) (pdf), Website des Dachverbands der kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, abgerufen am 31. Januar 2011

41. ↑ ^{41,041,141,241,341,441,541,641,741,8} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
42. ↑ ^{42,042,142,2} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
43. ↑ LobbyControl: Lobbyplanet, Köln 2008, S.117
44. ↑ [Die Nähe zwischen Ministerium und Lobby](#) in der taz vom 16.10.2003, letzter Zugriff 15.09.2011
45. ↑ ["Teure Griechenland-Rettung: ein geschickter Coup der Deutschen Bank"](#) Monitor 16.6.2011, Website WDR, abgerufen am 18.8.2011
46. ↑ ^{46,046,1} Bundesministerium des Innern: Dritter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Februar 2009 – 30. Juni 2009, Stand 23.09.2009